



Wolfgang Clement

7. Juli 1940. Deutscher Politiker SPD. In Bochum geboren. Jurastudium 1960–1965 in Münster. Parallel zum 1. Staatsexamen Volontär und später Redakteur bei der „Westfälischen Rundschau“ in Dortmund. 1969 Ressortleiter Politik, später stellvertretender Chefredakteur. 1970 SPD-Mitglied. 1981–1986 Sprecher des Parteivorstandes in Bonn. Persönlicher Berater von Johannes Rau. 1987–1989 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost. Anschließend Rückkehr in die Politik u.a. als MdL in Nordrhein-Westfalen, Minister und SPD-Präsidiumsmitglied. 1998–2002 NRW-Ministerpräsident. Seit 2002 Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett Schröder.

Wolfgang Clement

Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit

„Reformen für ein zukunftsfähiges Deutschland“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielen Dank für Ihre freundliche Begrüßung. Ich freue mich sehr, dass ich wieder einmal bei Ihnen in Hamburg zu Gast sein darf. In den letzten Wochen und Tagen, bis in die letzten Stunden hinein, habe ich soviel aus Hamburg und über Hamburg gelesen und gehört, dass ich richtig Sehnsucht bekommen habe, wieder hierher zu kommen.

Wir stehen in Deutschland vor gewaltigen Herausforderungen. Die Kraftanstrengung, die wir jetzt brauchen, unterscheidet sich nicht von der, die wir zum Zeitpunkt der deutschen Einheit gebraucht haben und die wir in unseren Bemühungen der neunziger Jahre um annähernd gleiche Lebensverhältnisse in Deutschland aufbringen mussten und noch immer aufbringen.

Es sind viele Faktoren, die die Entwicklung unseres Landes beeinflussen.

Da ist das Thema der Globalisierung, das heißt der Wegfall der Grenzen in Europa und der politischen Grenzen weltweit – mit wenigen Ausnahmen –, aber auch der technologischen Grenzen. Wir stoßen in Räume vor, auch in Räume der Wissenschaft, in denen wir zur ethischen Diskussion aufgefordert sind, von denen ich nicht immer den Eindruck habe, dass wir ihnen schon ausreichend gewachsen sind.

Da ist auf der anderen Seite der Prozess der fortschreitenden Integration in Europa – am deutlichsten sichtbar durch die Europäische Währungsunion. Die Währungsunion nivelliert die bisherigen Stabilitätsvorteile, die die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit ihren europäischen Nachbarn hatte.

Und das ist der andere Teil der europäischen Entwicklung: die Erweiterung Europas, von der man vor zehn, fünfzehn Jahren nicht zu träumen gewagt hätte, die aber gleichzeitig Chancen und Herausforderungen bedeutet. Zurzeit sehen wir – wie wir so sind in Deutschland – stärker die Herausforderungen, die Besorgnisse, die Sorgen, die sich daraus ergeben, statt die enormen Chancen. Diese bestehen unter anderem darin, dass die Beitrittsländer Mittel- und Osteuropas und Südosteuropas bereits heute für die Bundesrepublik Deutschland ein wichtigerer, ein kräftigerer Markt sind als etwa die USA mitsamt Mexiko und Kanada.

Es sind viele Faktoren, die die Entwicklung unseres Landes beeinflussen.

Es ist auch der Abschied aus der Industriegesellschaft, die durch eine sehr viel schwieriger überschaubare Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt ersetzt wird, durch die Dienstleistungsgesellschaft oder besser die industrielle Dienstleistungsgesellschaft. Wenn sie Erfolg haben soll, muss sie in ihrer Entwicklung sehr viel stärker auf dem Wissen aller Beteiligten beruhen, als das frühere Wirtschaftsgesellschaften getan hatten.

Wenn man die Bundesrepublik im internationalen Zusammenhang von außen, von einem Stern aus betrachten und fragen würde: „Wie sind wir gewappnet auf das, was mit diesen Herausforderungen, mit diesen Veränderungen auf der Welt über uns gekommen ist?“ Dann würde man sagen: „Wir sind eigentlich gut gewappnet. Wir sind die drittstärkste Volkswirtschaft der Welt. Wir sind die zweitstärkste Exportwirtschaft der Welt. Und wir leisten etwas in der Bundesrepublik Deutschland, was keine andere Volkswirtschaft leistet. Ich meine den Aufbau Ost, der in der Dimension, in der Kraftanstrengung, um die es geht, etwa 4 Prozent unseres Bruttosozialprodukts herausfordert: 70 bis 75 Milliarden Euro pro Jahr.“

Wenn man den Maastricht-Vertrag noch einmal wie Anfang der neunziger Jahre zu verhandeln hätte, dann würden wir im Maastricht-Vertrag wahrscheinlich irgendeine Klausel unterbringen, in der man, diese besondere Herausforderung festhalten würde. Diese besondere Herausforderung, die sich natürlich in Schulden, in Krediten der Bundesrepublik Deutschland nieder-

schlagen muss, hätte im Maastricht-Vertrag besonders berücksichtigt werden müssen. Leider wurde sie das nicht und das können wir jetzt auch nicht mehr ändern. Daher lohnt es auch nicht, darüber zu jammern, sondern wir müssen mit den heutigen Gegebenheiten umgehen und fertig werden.

Wenn man die Bundesrepublik Deutschland aber nicht von einem anderen Stern betrachtet, sondern so, wie sie ist, dann erkennt man natürlich, dass wir nicht nur Stärken, sondern deutliche, unübersehbare, für jeden erkennbare Schwächen haben. Diese Schwächen müssen wir überwinden und daran arbeiten wir. Diese Schwächen hätten wir zu einem großen Teil schon seit längerem erkennen können. Wir sind aber über sie hinweggegangen, in der Politik, vielleicht sogar in der Wirtschaft und vielleicht sogar in vielen anderen Lebensbereichen.

Die eine Schwäche ist die Wachstumsschwäche. In Deutschland hatten wir in den siebziger Jahren ein Wirtschaftswachstum von im Durchschnitt 2,7 Prozent. In den achtziger Jahren ging es auf 2,2 Prozent und in den neunziger Jahren auf 1,5 Prozent hinunter. Dann hatten wir 1999/2000 diese ökonomische Blase, von der wir alle, die ganze Welt, profitiert haben, aber leider nur für eine kurze Zeit. Seitdem sind wir – mittlerweile im dritten Jahr – in der Schwächephase, wie wir sie in der Nachkriegszeit noch nie erlebt haben. In der ersten Jahreshälfte hatten wir in Deutschland sogar ein Minuswachstum. Das ist das schlimmste, das dringendste Warnsignal, das man nur haben kann. Jetzt dürfen wir nicht noch einmal ausweichen, wie in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten. Ich sage das nicht vorwurfsvoll. Heute muss uns aber klar sein: Wenn wir noch einmal ausweichen, dann werden wir scheitern. Dann wird die Bundesrepublik Deutschland kaum noch die Möglichkeit haben, den Anschluss zu finden.

Diese enorme Wachstumsschwäche korrespondiert mit einem Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosigkeit von deutlich über 4 Millionen. Diese Zahl wuchs von Schwächeanfall zu Schwächeanfall immer mehr an und wurde vor allem in den Strukturen immer fester, immer verkrusteter. Wir sind heute bei deutlich über 4 Millionen. Es gibt keine Volkswirtschaft auf der Welt, die derartig viel Kapital im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eingesetzt hat wie wir. Daran gemessen ist das Ergebnis schlicht und ergreifend bedrückend. Das Ergebnis muss uns lehren, dass wir hier dringend zu einer Veränderung kommen müssen und dass die Methoden, die wir bisher angewandt haben, um den Arbeitsmarkt in Ordnung zu bringen, offensichtlich nicht erfolgreich sind. Das ist eines der Kernstücke. Das Problem ist, dass diese Arbeitslosigkeit in ihren Dimensionen, vor allem auch in ihren finanziellen Dimensionen für den Bund, die Länder und insbesondere für die Städte und Gemeinden dazu geführt hat, dass die Investitionsfähigkeit gesunken ist und die Städte und Gemeinden einfach nicht mehr investitionsfähig sind. Das heißt das die Arbeitslosigkeit selbst zu einer Wachstumsbremse, zu einem Wachstumsblockierer geworden ist. Wir bewegen uns geradezu in einem Teufelskreis aus Wachstumsschwäche und damit verbundener hoher und höchster Arbeitslosigkeit. Das ist die zweite große Schwäche, mit der wir es zu tun haben.

Das dritte Thema ist eines, das man auch schon hätte früher erkennen können. Das ist das demographische Problem, das sich mit all dem verbindet. Als die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik entstanden – nehmen wir einmal die Generation meiner Eltern in den fünfziger und sechziger Jahren, die mit Millionen anderer in dieses System eingezahlt haben –, da war es so, dass die Arbeitnehmer in Deutschland im Durchschnitt vier Monate älter wurden als die eigene Pensionsgrenze. Heute sind wir, wie wir alle wissen, bei einem Pensions-, bei einem tatsächlichen Renteneintrittsalter von sechzig Komma x Jahren und werden zwischen 75 und 80 Jahre alt. Wenn das so weitergeht wie bisher, und dagegen spricht auf diesem Feld eigentlich nichts, dann steigt die Lebenserwartung pro Jahr um ein Vierteljahr. Jemand wie ich, dem sie nicht ansehen, dass er jetzt schon über sechzig ist und der das geschafft hat ohne spürbare, ohne bemerkbare gesundheitliche Handicaps, hat zwar keinen individuellen Anspruch, aber doch die Erwartung, über achtzig zu werden. Gleich werden wir über die Zukunft der Rentenversicherung reden. Da ist dieser dritte Faktor, den wir im Auge behalten müssen, ganz ent-

scheidend.

Der vierte ist ein Faktor, den man ganz schwer fassen kann. Das ist so etwas wie eine Vertrauenskrise in der Bundesrepublik Deutschland. Mein Eindruck ist, dass wir das Selbstvertrauen verloren haben, dass wir die Gewissheit verloren haben, Herausforderungen bestehen zu können. Das ist etwas, was für eine Generation wie die meine, die aus dem Krieg heraus aufgewachsen ist und den Wiederaufbau in Deutschland miterlebt hat, noch vor kurzem unvorstellbar gewesen. Aber es ist so und es drückt sich in ganz profanen Dingen aus, etwa dass man Deutsche heute nur noch ganz schwer zum Lächeln bewegen kann.

Ich hatte neulich schon erzählt: Ich war nach Paris gefahren, es war Sonnenschein, man sah auf der Straße Menschen mit guter Laune und sie kauften ein. In Berlin beginnt jetzt die Internationale Funkausstellung, auf der wir die „Lust auf Kaufen“ propagieren müssen. Wir müssen in Erinnerung rufen: „Es gab einmal etwas, was Spaß gemacht hat. Das war das Kaufen.“ Vielleicht ist das aber auch nur ein Ausdruck einer allgemeinen Befindlichkeitskrise, in der wir sind, oder einer Schwäche, die wir überwinden müssen.

Wenn man sich das alles vor Augen führt, dann kommt man zu dem Ergebnis, dass wir in Deutschland zu Reformen gezwungen sind, um mit all diesen Schwächen fertig zu werden. Um das etwas hamburgisch zu sagen: Das sind Reformen, die „buten un binnen“ fällig sind, also Reformen im Innern wie nach außen.

Im Innern müssen wir diese Wachstumsschwäche überwinden, trotz des Alterungsprozesses. Ich finde den Begriff nur so schrecklich. Neulich las ich: Die deutsche Gesellschaft schrumpft und altert. Ich habe mich sofort wieder gerade gereckt. Solche Begriffe sind schrecklich. Dabei ist es ja eigentlich wunderbar – das werden die Jüngeren auch noch lernen –, dass man älter wird und das wir a) den Frieden durch viele Umstände, jedenfalls in unserer Weltregion – leider und schrecklicherweise nicht in anderen –, gesichert haben und dass b) die medizinische Wissenschaft und unsere Lebensqualität uns die Chance geben, wesentlich älter zu werden als die Generationen vor uns. Wir werden uns bemühen, diese Wachstumsschwäche zu überwinden. Wir müssen auf einen Beschäftigungspfad zurückfinden, der uns die Chance gibt, die Vollbeschäftigung zurückzugewinnen. Und zwar Vollbeschäftigung immer mit einer Einschränkung, dass dies mit einer Sockelarbeitslosigkeit von zwei, drei, vier Prozent verbunden sein wird, wie das in anderen Volkswirtschaften auch der Fall ist und in unserer Geschichte auch der Fall war. Wir müssen die demografischen Probleme in den Griff bekommen, weil sie den sozialen Sicherungssystemen sonst die Grundlage entziehen. All dies müssen wir zu Wege bringen mit dem Ziel, die Stärke für die Bundesrepublik Deutschland zurückzugewinnen, weil es auf uns mehr ankommt, als wir manchmal in unserer Verzagtheit glauben. Ganz Europa ist darauf angewiesen, dass die Bundesrepublik Deutschland wieder eine Art Lokomotivfunktion übernimmt. Nicht nur Europa, auch die Weltwirtschaft wird nur dann wieder in Fahrt kommen, wenn Europa und Amerika – und Europa ohne Deutschland geht nicht –, wenn wir beide wieder an Schwung gewinnen. Die Voraussetzungen dazu sind nicht so schlecht. Weltwirtschaftlich gehen im Moment von Amerika positive Signale aus. Ein Unsicherheitsfaktor ist die negative Leistungsbilanz dort, die von asiatischer Seite von uns Enormes abverlangen kann. Aber momentan gehen deutliche Wachstumsimpulse von den USA aus. Wir haben ein außerordentlich niedriges Zinsniveau in den USA, genau so wie in der Euro-Zone. Es spricht also einiges dafür, dass wir vorankommen können.

Was ist zu tun? Was müssen wir gegenwärtig in der Bundesrepublik leisten?

Wir brauchen Wachstum und Arbeitsplätze. Wenn wir Wachstum und Arbeitsplätze brauchen, brauchen wir Investitionen, private und öffentliche. Wenn wir das brauchen, müssen wir den Unternehmen dazu den notwendigen Spielraum geben und – das ist das Wichtigste – die Voraussetzungen für Investitionen verbessern.

Das bedeutet als Allererstes: Die Steuern müssen runter. Deshalb ist das Vorziehen der Steuerreform dringend erforderlich. Wir müssen der offen-

sichtlich lahrenden Konjunktur einen Push geben. Dazu ist das Vorziehen der Steuerreform – gesetzlich ist alles vorbereitet – das probate, das auf der Hand liegende Instrument. Ich gehe davon aus – um das klar zu sagen – dass darüber Übereinstimmung besteht. Ich kenne in Deutschland so gut wie keinen ernsthaften Politiker, der das in Zweifel zieht. Deshalb muss es gelingen. Deshalb wird es gelingen. Zum 1. Januar 2004 brauchen wir diesen Schritt. Er ist, wie Sie wissen, unter vielen Aspekten vernünftig. Er bedeutet eine Senkung des Einstiegssteuersatzes auf 15 Prozent und eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent. Er bedeutet bessere Investitionsmöglichkeiten gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere für die Personengesellschaften, die ja die Gewerbesteuer auf diesen herabgesetzten Einkommensteuersatz anrechnen dürfen und somit faktisch keine Gewerbesteuer zahlen. Gleichzeitig bedeutet dieser Schritt auch mehr Spielraum für die Konsumenten, die Bürgerinnen und Bürger, denn eine Senkung auf einen Einstiegssteuersatz von 15 Prozent hat es historisch noch nicht gegeben. Kombiniert mit den Freigrenzen, mit den erhöhten Freibeträgen in der Steuerreform heißt das, dass 27 Prozent der steuerpflichtigen Bürger vom 1. Januar 2004 an keine Steuern mehr zahlen müssen oder, um es noch praktischer zu sagen: Eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern braucht erst ab einem Jahreseinkommen von 35 000 Euro Steuern zu zahlen. Bis dahin ist sie faktisch steuerfrei.

Das sind erhebliche Schritte, die Spielraum für beide Beteiligte bringen, für die Hauptbeteiligten des Wirtschaftsgeschehens, für die Unternehmen und insbesondere die mittelständischen Unternehmen und für die Arbeitnehmer. Hinsichtlich der Finanzierung hat die Bundesregierung ihren Vorschlag gemacht.

Das ist der erste Schnitt, den wir gehen müssen. Und ich gehe bei aller Diskussion, die ich wahrnehme, im Groben davon aus, dass dieser Weg auch von der Union, die wir ja im Bundesrat benötigen, also von der Mehrheit des Bundesrates, mitgegangen werden kann und wird, und das ist von außerordentlicher Bedeutung.

Der zweite ist: Wir müssen auch die öffentlichen Investitionen stärken. Das Hauptproblem ist die mangelnde Investitionsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden. Deshalb ist es richtig, dass wir eine Gemeindefinanzreform auf den Weg bringen. Die Bundesregierung hat ihren Vorschlag dazu gemacht, der jetzt zur Diskussion steht. Dieser Vorschlag besteht aus zwei Teilen: der Reform der Gewerbesteuer auf der einen Seite und zusätzlichen Leistungen, die der Bund an die Adresse der Gemeinden richtet und anbietet, auf der anderen Seite. Insgesamt sprechen wir über ein Volumen von 4,5 Milliarden Euro im nächsten Jahr und von 5 Milliarden Euro im Jahr 2005. Wenn man an die alte Zeit zurückdenkt und eine Finanzverbesserung der Städte und Gemeinden von 10 Milliarden DM vor Augen hat, finde ich, ist das ein nicht zu unterschätzendes, faires Angebot. Wir können und werden über diese Frage, über diesen Vorschlag, natürlich mit der Union, mit dem Bundesrat und mit den Städten und Gemeinden noch intensiv diskutieren.

Bei der Reform der Gewerbesteuer geht es darum, den Städten und Gemeinden eine Verstärkung ihres Gewerbesteueraufkommens anzubieten. Dies müssen wir tun, ohne unsere anderen Ziele, die wir wirtschaftspolitisch verfolgen müssen, zu gefährden. Ich halte es zum Beispiel für vertretbar, die Freiberufler in die Gewerbebesteuerung mit einzubeziehen. Ich weiß, dass das viele Diskussionen auslöst, viele Missverständnisse bereitet und viele Probleme macht. Aber tatsächlich ist im heutigen Wirtschaftsleben die Unterscheidung zwischen freiberuflichen und anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten durchaus fragwürdig geworden. Das kann man sich an ganz einfachen Bildern deutlich machen. Dass ein Zahnarzt keine Gewerbesteuer zahlt, aber sein zahntechnischer Handwerksmeister Gewerbesteuer zahlen muss, ist nicht jedem auf Anhieb einsichtig. Deshalb glaube ich schon, dass dieser Weg richtig ist.

Es kommt aber hinzu, dass wir die Gewerbesteuer wie bisher auf die Einkommensteuer anrechnen wollen, natürlich auch bei den Freiberuflern. Dies bedeutet, weil wir das anzuwendende Hebesteuersatzrecht hier einbeziehen

und etwas erhöhen, dass Freiberufler, die in Städten und Gemeinden bis zu einer Hebesatzhöhe von 380 Punkten leben, keinen Cent Gewerbesteuer zahlen, dass sie dadurch also keinerlei steuerliche Belastung haben werden.

Ich vermute, in Hamburg ist der Hebesatz etwas höher. In Frankfurt ist er am höchsten. Deshalb ist die Oberbürgermeisterin in der Diskussion über diese Frage am lautesten. Gelegentlich darf man allerdings auch einmal fragen: Wie kommt es eigentlich, dass eine Stadt wie Frankfurt die höchstverschuldete ist und die höchsten Belastungen für ihre Bürgerinnen und Bürger hat? Frankfurt ist strukturell eine der, wenn nicht *die* am besten dastehende Stadt Deutschlands. Jede Kritik ist natürlich legitim, nicht jede ist auch berechtigt.

Aber, wie wird ein Freiberufler, der den Spitzensteuersatz zu zahlen hat, in einer Stadt wie Frankfurt durch die Gewerbesteuer belastet? Gemessen an einem Hebesatz von 490 Punkten im Gegensatz zu den 380 Punkten muss er in der Tat Gewerbesteuer zahlen. Die Belastung beläuft sich, umgerechnet auf die Einkommensteuer, auf 3,3 Prozent. Wenn wir – wie geplant – den Spitzensteuersatz zum 1. Januar 2004 auf 42 Prozent senken, hat er eine faktische Belastung von 45,3 Prozent. Gegenüber dem derzeitigen Spitzensteuersatz von 48 Prozent ist das immer noch eine deutliche Entlastung. Das heißt: jeder Freiberufler zahlt zu Beginn des neuen Jahres weniger Steuern als bisher. Das ist der eine Teil.

Das Bemerkenswerte an der Diskussion ist, wie das bei uns in Deutschland so ist: Der Vorschlag, den wir zur Gewerbesteuer machen, unterscheidet sich im Ergebnis von dem Vorschlag der Städte und Gemeinden nur um etwa 300 Millionen Euro. Wir bewegen uns in einem Korridor von 2,5 bis 3 Milliarden Euro, die durch die verschiedenen Vorschläge zur Gewerbesteuerreform herbeigekommen sollen. Daraus gestalten wir allerdings eine stellenweise nicht mehr nachvollziehbare Grundsatzdiskussion. Tatsache aber ist, die Gewerbesteuerreform muss zum 1. Januar 2004 kommen. Keiner – kein Politiker, weder von der Union noch von der Sozialdemokratie, noch von anderen Parteien – kann die Städte und Gemeinden weiter in dem gegenwärtigen Zustand lassen. Ich bin überzeugt, dass wir zu einer Lösung kommen werden. Ich gehe davon aus, dass wir uns in dieser Größenordnung von etwa 5 Milliarden Euro bewegen werden. Wenn Sie sich den Vorschlag der Union anschauen, sehen Sie, dass wir uns nicht so sehr unterscheiden. Wir müssen hier zu einer Verständigung im Bundesrat kommen. Wir müssen die Städte und Gemeinden investitionsfähig machen. Das ist von ausschlaggebender Bedeutung gerade für den Mittelstand, gerade für das Handwerk, gerade für die kleinen Unternehmen, die natürlich auf die Aufträge aus den Städten und Gemeinden angewiesen sind.

Der dritte Aufgabenbereich, den wir in Deutschland angehen müssen, ist zugleich der gewichtigste. Wir müssen die Abgabensituation in Deutschland verändern. Die Abgaben sind explodiert. Die Ursachen sind vielfältig. Eine Ursache liegt darin, dass wir einen Teil der Finanzierung der deutschen Einheit über die Transfersysteme betrieben haben. Darüber zu lamentieren, bringt aber jetzt nichts mehr. Es macht keinen Sinn, weil wir es heute nicht mehr herausrechnen und die deutsche Einheit nicht von vorn erfinden können. Ich glaube, dass das damals systematisch falsch war. Das hatten wir damals aber auch nicht erkannt. Jetzt bringt uns diese Erkenntnis nichts mehr. Wichtig ist vielmehr: Wir müssen die Belastungen von Unternehmen und Arbeitnehmern aus den sozialen Nebenkosten, den Lohnnebenkosten, verringern. Das ist fast unstrittig in Deutschland. Das wird auch deutlich, wenn wir Deutschland beispielsweise mit Großbritannien vergleichen. Die Lohnnebenkosten in Großbritannien bewegen sich bei etwa 32 Prozent. Wir sind in dieser Hinsicht dramatisch vor anderen, und ich vermute, hier liegt eines unserer Probleme. Auch in meiner Partei ist das jedem klar. Man braucht nur ein Gespräch mit einem Arbeitnehmer, nur mit jungen Leuten zu führen, die heute ihr Bruttoeinkommen mit dem vergleichen, was sie noch herausbekommen und sich vorstellen, wie sie damit ihr weiteres Leben einschließlich einer Familiengründung finanzieren sollen. Wir wissen, dass wir so nicht weiter existieren können, dass diese Belastungen zu hoch sind. Wir müssen

auch wissen, dass die Belastung des Faktors Arbeit in Deutschland viel zu hoch ist. Wir nutzen den Faktor Arbeit ja auch viel zu wenig: 4,5 Millionen Arbeitslose, über Fünfzigjährige, von denen ein Großteil nicht mehr im Job ist. Bei uns sind viel mehr als in allen anderen vergleichbaren Arbeitsgesellschaften aus dem Berufsleben ausgeschieden. Wir haben eine außerordentlich niedrige Erwerbstätigenquote. Viel zu wenig Frauen sind bei uns noch im Berufsleben. Das ist teilweise traditionell begründet, teilweise aber auch dadurch, dass wir nicht rechtzeitig für die notwendigen Betreuungseinrichtungen für Familien mit Kindern gesorgt haben. Alle diese Prozesse müssen uns zu dem Ergebnis führen, dass wir hier etwas ändern müssen. Die niedrige Erwerbstätigenquote in Deutschland ist ein Problem. Schauen wir uns andere Volkswirtschaften an, zum Beispiel die skandinavischen Staaten. In denen wird die Produktivkraft des Faktors Arbeit wirklich genutzt. Sie haben eine niedrigere Arbeitslosigkeit und eine wesentlich höhere Erwerbstätigenquote mit Älteren, die noch im Berufsleben sind. Alle diese Staaten haben deutlich höhere Wachstumsimpulse, Wachstumsraten als wir. Deshalb besteht hier ein Zusammenhang.

Eine weitere wichtige Frage ist: Wie ist bei uns das Verhältnis von Arbeit und Freizeit? Sind wir hier an Grenzen gestoßen? Ist es nicht vorstellbar, dass wir den Faktor Arbeit noch ein bisschen weiter zurückdrängen zu Gunsten von mehr Freizeit? Ich denke, dass das bei der Tarifaueinandersetzung in Ostdeutschland deutlich geworden ist. (Sehr einleuchtend ist auch Folgendes: Im nächsten Jahr rechnen wir mit einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von 0,4 bis 0,5 Prozent, weil drei Feiertage im Gegensatz zu diesem Jahr auf ein Wochenende fallen. Allein dieser Faktor „drei Feiertage am Wochenende“, also nicht frei, bedeutet im nächsten Jahr ein deutliches, zusätzliches wirtschaftliches Wachstum. So ist die Realität.

Wir können uns überlegen, wo wir unsere Wettbewerbsfähigkeit herstellen wollen im Verhältnis zu anderen Staaten, mit welchen Instrumenten. Das ist relativ einfach: Wir müssen entweder mit den Steuern oder mit den sozialen Nebenkosten noch weiter runter oder wir nutzen andere Faktoren, beispielsweise den Faktor Arbeit, indem wir darüber nachdenken: „Ist unsere Arbeitszeitgestaltung richtig?“ Das ist eine Frage an die Tarifparteien. Ist unsere Feiertagsgestaltung richtig?“ Das ist eine Frage an die Länder, die dafür verantwortlich sind. Oder: „Ist die Regelung unserer Lebensarbeitszeit, das heißt das Renteneintrittsalter, vernünftig, ja oder nein?“ Das ist eine Frage, die an den Bundesgesetzgeber geht. Das sind Fragestellungen, an denen wir nicht vorbeikommen. Wir sitzen alle im gleichen Boot.

Wir müssen den Faktor Arbeit entlasten. Das geschieht jetzt über verschiedene Reformschritte, von denen Sie, Herr Dr. von Foerster, einige angesprochen haben. Es würde zu weit führen, sie jetzt alle durchzubuchstabieren. Ich bin jedenfalls glücklich, dass wir in der Gesundheitsreform zu einer Lösung gekommen sind, zu einer Verständigung zwischen Bundesregierung und Union. Das, was dort besprochen wurde, wird auch realisiert.

Nach unseren Berechnungen werden die Beiträge für die gesetzliche Krankenversicherung, die jetzt im Durchschnitt bei 14,4 Punkten liegen, im nächsten Jahr bei 13,6 Punkten, im übernächsten Jahr bei 13,1 Punkten und im Jahr 2006 bei 12,15 Punkten liegen. Damit werden wir zum ersten Mal seit langer Zeit wieder bei einem Lohnnebenkostensatz von unter 40 Prozent sein. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn.

Es gibt viele Aspekte, die dabei zu diskutieren wären. Ich kann mir, genauso wie der Kanzler, auch noch einiges mehr vorstellen. Ich kann mir zum Beispiel mehr Liberalität im Arzneimittelbereich, auf dem Sektor der pharmazeutischen Industrie, vorstellen. Ich kann mir noch viel mehr Marktwirtschaft auch bei den Apotheken in Deutschland und mehr Freiheit im Bereich des Einsatzes der Ärzte vorstellen. Nur, wir sind gut beraten, wenn wir jetzt erst einmal sagen: Gottlob, wir haben einen erheblichen Schritt nach vorn gemacht und diese Reform tritt jetzt in Kraft. Aber: Das ist erst der erste Schritt.

Der zweite Schritt steht jetzt an mit der Rentenreform. Wir haben dort zwei Probleme. Das eine Problem ist, dass die Rentenversicherungsträger zurzeit

erhebliche Finanzprobleme haben. Diese Probleme haben sich daraus ergeben, dass wir eine zu hohe Arbeitslosigkeit haben, höher als erwartet, und dadurch entsprechende Beitragsmindereinnahmen. Das Defizit ist erheblich. Ich will das jetzt nicht in Zahlen beschreiben, weil viel zu viele Zahlen durch die Weltgeschichte gehen. Aber es ist so, dass wir deutlich etwas tun, deutlich korrigierend eingreifen müssen, wenn wir die Rentenversicherungsbeiträge bei 19,5 Punkten halten wollen. Im Bereich der Rentenversicherung ist es nicht möglich, an Hand der Situation, mit der wir es heute zu tun haben, die Beiträge jetzt unter 19,5 Punkte zu bringen. Aber es muss aus meiner Sicht möglich sein, sie bei 19,5 Punkten zu halten. Die Maßnahmen, die jetzt erforderlich sind – und wir werden unseren Vorschlag nach der Rürup-Kommission im September/Oktobre vorlegen –, müssen wir verknüpfen mit den strategischen, den langfristig wirkenden Maßnahmen, die die Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 einigermaßen kalkulierbar und sicher machen. Dazu hat die Rürup-Kommission ihre Vorschläge vorgelegt, unter anderem den Einbau eines demografischen Faktors.

Wir haben mit der Riester-Rente meines Erachtens richtig, aber nicht tiefgreifend genug gehandelt. Wir haben die aktiv Beschäftigten auf diese Weise nicht genug entlastet. Das Verhältnis zwischen aktiv Beschäftigten und Rentnern und Pensionären ist noch nicht in der Balance. Dabei muss man sich entscheiden: Wollen wir den demografischen Faktor ganz besonders streng ansetzen – dann wird man auf eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit verzichten können. Oder nimmt man die Erhöhung des Renteneintrittsalters hinzu? Ich selbst glaube, dass das zweite vernünftig ist. In Anbetracht dessen, was ich Ihnen geschildert habe, was wir an Lebenserwartung haben und wie sich unsere Gesellschaft entwickeln wird, kann ich mir nicht vorstellen, dass wir alle, dass die nächsten Generationen, gemessen an der Lebenserwartung immer weniger arbeiten und gleichzeitig eine immer mindere Altersversorgung haben wollen. Ich vermute, dass es dort zu einer Veränderung kommen wird.

Dabei wundert man sich über manche Diskussion in Deutschland. Wir haben uns eine Hysterie zugelegt, die bemerkenswert ist. Dieser Vorschlag von Herrn Rürup fängt nach seiner Vorstellung im Jahre 2011 an zu wirken. Wir sind also im Jahre 2011 immer noch bei einem Renteneintrittsalter von 65 Jahren. Wenn wir bis dahin tatsächlich in die Nähe dieses Renteneintrittsalters gekommen sind, ist das eine klasse Leistung. Dann ist die Vorstellung von Herrn Rürup, das Renteneintrittsalter vom Jahre 2011 an pro Jahr um einen Monat zu erhöhen. Pro Jahr um einen Monat! Erst nach 2030 werden wir ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren erreichen. Ich glaube, dass das kein so schlechter Vorschlag ist. Wenn man ihm nicht folgt, dann muss man, das ist völlig logisch, andere Mittel ergreifen, um zu verhindern, dass die Rentenbeiträge auf über 22 Prozent steigen. Das ist die Systematik, in der wir uns bewegen.

Mein Eindruck ist, dass wir im Kern so verfahren können, und ich war sehr glücklich, als ich heute Morgen eine Stellungnahme des Fachmannes der CDU/CSU-Fraktion dazu gehört habe, in der er grundsätzlich Zustimmung zu dem Rürup-Vorschlag signalisiert hat. Noch mit Varianten und Flexibilität, die ich mir beim Renteneintrittsalter auch vorstellen kann, je nach Dauer der Versicherungsbeiträge, vielleicht auch je nach Beschäftigung. Meine Kollegin Schmidt wird einen Vorschlag entwickeln, den sie spätestens im Oktober vorlegen wird. Es ist, um es klar zu sagen, das schwierigste Stück an Reform, das wir vor uns haben, jedenfalls in den Reaktionen, die man dazu schon spürt oder die noch zu spüren sein werden. Ich selbst glaube, dass Herr Rürup Recht hat, dass wir bei der Rentenversicherung im Prinzip im Beitragssystem bleiben werden, dass wir eine Zweiteilung, wenn nicht sogar eine Dreiteilung der beitragsfinanzierten Rente haben werden. Bereits heute haben wir keine ausschließlich beitragsfinanzierte Rente. 37 Prozent der heutigen Rentenversicherung werden bereits aus dem Staatssäckel bezahlt, daneben die Riester-Rente, und natürlich das, was man jungen Leuten schon vor zwanzig Jahren gesagt hat, nämlich dass es vernünftig ist, eine eigene Vorsorge zu treffen.

Beim Gesundheitssystem ist das anders. Hier vermute ich, dass in einer nächsten Runde der Diskussion folgende Frage eine Rolle spielt: Bleiben wir auch mit dem Gesundheitssystem prinzipiell in der Parität? Bei der Beantwortung dieser Frage bin ich vorsichtiger. Das Gesundheitssystem hat nämlich zwei Besonderheiten: Es ist auf der einen Seite die beschäftigungsintensivste Branche, die es gibt. In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel sind 12 Prozent der Beschäftigten im Gesundheitssystem tätig. Es gibt keine Branche, die beschäftigungsintensiver wäre. Gleichzeitig ist das Gesundheitssystem eine der innovativsten Branchen, die es gibt. Das bedeutet aber, wenn beides – Beschäftigungsintensität und Innovation – richtig und wichtig ist, dass in diesen Sektor mehr Kapital hinein muss. Mehr Kapital kann man aber nicht aus dem Faktor Arbeit herauspressen. Der ist überlastet. Also wird man vermutlich an dieser Stelle über andere Finanzierungswege nachdenken müssen.

Dafür haben wir mehrere Vorschläge. Für diesen oder jenen sollte man sich aber nicht allzu rasch entscheiden, weil alle Vorschläge, also Kopfpauschalenmodell oder Bürgerversicherung, von dem Begriff bis zur Wirklichkeit noch eine ganze Strecke zurückzulegen haben. Das ist noch ein schwieriges Problem.

Es tut mir Leid, wenn ich Sie mit solchen technischen Dingen behelligen muss. Nur, mir liegt daran, Ihnen zu schildern, worum es wirklich geht, damit wir wirklich aus diesen allgemeinen Diskussionen herauskommen.

Das dritte große Thema ist das Schlüsselthema. Wir müssen den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen. Wenn wir ihn in Ordnung bringen, entspannen wir natürlich alle anderen Themen: Rentenversicherung, Krankenversicherung und alles, was dazu gehört. Deshalb muss es hier zu einer gravierenden Veränderung kommen. Wir haben immer gesagt, ich weiß nicht, wie viele Generationen von Politikern schon, jedenfalls spätestens seit den achtziger Jahren, wir haben gesagt: Wir dürfen nicht die Arbeitslosigkeit, sondern wir müssen Arbeit finanzieren, wir müssen die Vermittlung in Arbeit finanzieren. Tatsächlich aber haben wir Arbeitslosigkeit finanziert, und zwar geregelt und verwaltet, von oben bis unten.

Nehmen wir als Beispiel die Bundesanstalt für Arbeit. Als Herr Gerster dort seinen Job antrat, waren von 97 000 Beschäftigten nur 9 000 unmittelbar mit der Arbeitsvermittlung beschäftigt. Das ist nicht die Schuld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern das ist deutsche Praxis. Darin sind wir Experten. Über Jahrzehnte hinweg entstanden perfekt organisierte Strukturen. Ihnen fehlte nur der Blick auf die Ergebnisse. Und die Ergebnisse sind am Arbeitsmarkt zu besichtigen. Wir müssen jetzt zur Vermittlung in Arbeit hinkommen. Vermittlung ist das Kernwort. Dabei müssen wir natürlich auch das tun, was die Solidarität vorschreibt. Die Gemeinschaft darf aber auch erwarten, dass diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind – und das ist der oder die Arbeitslose, der oder die Arbeitssuchende –, soweit sie können ihren Teil dazu beitragen, um aus ihrer Notlage herauszukommen. Das sind die beiden Leitsätze, die wir brauchen: nicht mehr Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern Arbeitsvermittlung sowie Fördern und Fordern.

Der Rest an sich ist viel Technik. Es ist sehr spannend, wenn man das System der Arbeitsvermittlung in Großbritannien mit unserem System in Deutschland vergleicht. Ich habe mir in Großbritannien, in London, ein Jobcenter angeschaut. Das ist das, was wir hier in Deutschland auch aufbauen werden. Schon wenn Sie hineinkommen, merken Sie: Hier ist keine Behörde mehr. Dort ist ein Raum, so groß wie dieser hier, mit vielen einzelnen Tischen. An diesen Tischen sitzen jeweils ein Berater oder eine Beraterin und beraten die Menschen und zwar je nach ihren Handicaps, je nach ihren Möglichkeiten, Fähigkeiten und Erwartungen. In Großbritannien betreut ein Berater vierzig Arbeitslose. In Großbritannien nennt man diese Menschen übrigens nicht Arbeitslose, sondern *jobseeker*, Arbeitssuchende. In Deutschland hatten wir, als Herr Gerster zur Bundesanstalt für Arbeit kam, ein Verhältnis von 1 zu 800. Wir sind jetzt bei einem Verhältnis von 1 zu 350. Unser Ziel ist ein Verhältnis von 1 zu 75.

Als erstes realisieren wir dieses Ziel bei den jungen Leuten. Dann können wir davon reden, dass jeder und jede dort wirklich begleitet wird, dass es zwi-

schen dem Berater – dem Fallmanager, wie wir sagen – und dem oder der Arbeitssuchenden eine Art Vertrag gibt mit dem Ziel, sie wirklich wieder in einen Job zu bringen. Es ist unglaublich spannend, wenn Sie sich diesen Prozess anschauen. In einem solchen britischen Jobcenter sind die Fallberater je nach Aufgabenstellungen eingeteilt, nach der Schwere des Handicaps, das ein Arbeitssuchender mit sich bringt. Manche bringen auch gar kein Handicap mit, da geht es nur um eine Überleitung. Wenn Sie bei uns in Deutschland in eine normale Arbeitsverwaltung hineingehen, wird gesagt: Buchstaben A bis D in dieses Zimmer, Buchstaben E bis G in jenes und so weiter. Das sind die Unterschiede. In diesen Kleinigkeiten kommt entsetzlich viel über die unterschiedlichen bürokratischen Traditionen und auch über die Erfolgsmöglichkeiten zum Ausdruck. Zu einem Jobcenter in Großbritannien gehört auch ein Team von *advisern*, die gar nicht im Jobcenter, sondern in den großen Unternehmen des Arbeitsamtsbezirkes sitzen, nämlich in den Personalverwaltungen, etwa in einem Kaufhaus. Dort sitzt der Berater, der weiß, in dem Kaufhaus ist ein Job frei, und in meinem Jobcenter habe ich diese und jene Begabung und jene Fähigkeit und eine Vermittlung gelingt. Wie uns gesagt wurde, gelingt es in 80 Prozent der Fälle, die Menschen aus dem Jobcenter in eine dauerhafte Arbeit zu bringen. Das sind die Kernstücke dessen, worum es geht.

Wir kombinieren das jetzt bei uns. Wir führen die beiden Fürsorgesysteme in Deutschland zusammen, das, was Arbeitslosen- und Sozialhilfe heißt. Wir haben uns das bisher noch nie so klar vor Augen geführt: Es sind zwei Fürsorgesysteme. Das eine ist in kommunaler Verwaltung, das ist die Sozialhilfe, das andere ist in staatlicher Verwaltung und Finanzierung, das ist die Arbeitslosenhilfe. Wir denken immer, die Arbeitslosenhilfe ist positiv und die Sozialhilfe ist etwas Schwieriges. Beide Fürsorgesysteme haben sich völlig gegeneinander entwickelt, sind völlig unabhängig voneinander und beide funktionieren nicht wirklich. In der Arbeitslosenhilfe sind die Menschen im Schnitt 28 Monate und in der kommunalen Fürsorge sind die Menschen, wenn sie erwerbsfähig sind, im Schnitt 21 Monate. Das ist eine entsetzlich lange Zeit. Das heißt, sie werden dort offensichtlich ebenfalls verwaltet. Ein Arbeitslosenhilfeempfänger heute, der eine Familie hat, eine Frau und zwei Kinder, ist finanziell schlechter ausgestattet als ein Sozialhilfeempfänger. Immerhin haben wir in der Arbeitslosenhilfe rund 150 000, 160 000 Menschen, die etwa in diesem Status sind, die also, wenn sie in die Sozialhilfe kommen, besser gestellt sein werden. Kurz und gut: Es ist das Unvernünftigste, was es gibt, die beiden Systeme getrennt zu haben. Wir packen sie zusammen. Nachdem wir in Deutschland jahrzehntelang beide Systeme völlig sinnlos und erfolglos nebeneinander marschieren ließen, kann es nicht unvernünftig sein, aus diesen zweien eines zu machen.

Wir tun das und wir werden dabei mit den Kommunen zusammen arbeiten. Wir diskutieren zur Zeit, wer von beiden, die Bundesanstalt für Arbeit – die in Zukunft Bundesagentur für Arbeit heißt – oder die Kommunen, die Federführung haben soll. Ich meine, die Bundesagentur soll sie haben. Aber sie wird natürlich mit den kompetenten Menschen und den Kommunen zusammenarbeiten müssen. Herr Gerster und die ganze Bundesanstalt behaupten nicht, dass sie besser als ein Sozialamtsmitarbeiter wüssten, wie man sozial Schwachen, Drogenabhängigen oder einer alleinstehenden Frau mit Kindern helfen kann. Wir brauchen die Kompetenz. Wir sind auf die Zusammenarbeit angewiesen und zusammen werden wir auch Erfolge haben.

Wenn wir auf 75 Arbeitssuchende einen Fallmanager haben, dann wissen wir aus den Erfahrungen in Großbritannien, Skandinavien und anderen Staaten, werden wir einen Effizienzgewinn, nämlich eine Senkung der Arbeitslosigkeit um 15 Prozent erreichen, allein durch die bessere Betreuung der Menschen. In Großbritannien liegt der Effizienzgewinn sogar bei 20 Prozent.

Das ist die große Reform, die ansteht, die man ansonsten noch unter vielen Aspekten konkreter diskutieren müsste. Aber das sind die Hauptstücke dessen, was wir in Deutschland zu tun haben.

Wir müssen in Deutschland natürlich – und das ist das vierte Thema – Kräfte freisetzen. Das heißt, wir müssen Bürokratie abbauen. Wir müssen den Unternehmen wieder mehr Spielraum geben und wir müssen gleichzeitig die

Güter- und Dienstleistungsmärkte weiter liberalisieren. Auch da haben wir uns viele Fesseln zugelegt. Es gibt in Deutschland faktisch nichts Ungeregeltes. Wir sind wirklich wie Gulliver gefesselt. Infolge vieler kleiner Fesseln sind wir fast unbeweglich geworden. Wir müssen hier und jetzt Bewegung hineinbringen. Das ist die vierte große Herausforderung, vor der wir stehen.

Was heißt Bürokratieabbau? Das ist ein flächendeckendes Thema. Ich habe es in Nordrhein-Westfalen schon einmal versucht. Zu zwei Dritteln bin ich daran gescheitert, aber ein Drittel mehr Bewegung habe ich hinbekommen, habe Behörden zurückgebaut und Ähnliches. Tatsächlich ist es nun einmal so, dass wir in Deutschland über Jahrzehnte immer wieder immer neue Einrichtungen geschaffen haben, weitere Gesetze, weitere Regulierungen. Wir haben so gut wie kaum einmal gefragt: Gibt es, wenn wir schon eine neue Behörde, ein neues Gesetz, eine neue Regelung machen, gibt es etwas, was wir stattdessen abbauen, zurückbauen können? Auf was können wir verzichten? Gibt es Behörden, die wir stattdessen schließen können, die wir nicht mehr brauchen? Diese Fragen wurden nie gestellt. Das ist der eine Teil.

Der andere Teil sind die mitunter bizarren Regelungen, die entwickelt wurden. Zurzeit überarbeiten wir das Arbeitsstättenrecht. Ich glaube, dass wir es in der nächsten Woche im Kabinett verabschieden werden. Ich habe zahlreiche Briefe von Mittelständlern erhalten, in denen auf eine wirklich plastische Weise beschrieben wird, wie zum Beispiel in der Arbeitsstättenverordnung die Höhe der Räume vorgeschrieben wird, in der ein kleiner oder mittelständischer Unternehmer, auch die kleinste Näherin, arbeiten darf. Da ist gleichzeitig geregelt, welche Grundfläche ein Dushraum und ein Waschraum haben müssen.

Schauen Sie sich einmal die Arbeitsstättenverordnung und deren Auswirkungen in den Einzelunternehmen an. Schauen Sie sich an, was es bedeutet, wenn die Gewerbeaufsicht oder die Berufsgenossenschaft zu einem kleinen oder mittleren Unternehmen mit den entsprechenden Pflichten kommt und vorschreibt: Auf dem Feuerlöscher muss „Feuerlöscher“ stehen. Das sind Regeln, die wir in Deutschland haben. Wir wollen dazu zurückkehren, dass wir nur noch Grundregeln aufschreiben, an denen man sich orientieren kann. Diese Detailregelungen wollen wir überall zurücknehmen. Dazu gehören auch die statistischen Verpflichtungen und Ähnliches. Auch hier müssen wir zu deutlichen Verringerungen kommen.

Wir brauchen aber auch mehr Spielraum in unserer Gesellschaft. Wir reden nicht nur über Arbeitsmarktverfestigungen im Bereich der Arbeitslosigkeit. Wir reden in Wahrheit über das Problem: Wie bringen wir Arbeitssuchende in den verfestigten Arbeitsmarkt? Wir müssen auch fragen: Wie kommen andere in die berufsständischen Strukturen beispielsweise in Deutschland? Wie fest sind unser Dienstleistungsmarkt und der Gütermarkt? Da haben wir erheblichen Deregulierungsbedarf. Es ist für mich sehr interessant, dass ich auch an solchen Abenden wie heute von vielen Beifall bekomme, wenn ich von Bürokratieabbau und Deregulierung spreche. Aber es ist eine andere Sache, wenn ich darüber spreche, dass dies möglicherweise Handwerker, Rechtsanwälte, Ärzte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Schornsteinfeger und andere betreffen könnte. Die sind nämlich alle geregelt, die meisten mit staatlichen Regeln. Die meisten haben sich ein staatliches Dach zugelegt. Das hat über viele Jahre und Jahrzehnte geschützt. Das ist auch gut. Das ist deutsche Tradition. Nur, unter dem Dach ist es besser, als wenn man draußen steht, und man kommt nicht so leicht hinein.

Kurz nach dem ich mein Amt in Berlin angetreten hatte, legte man mir zum Beispiel einen Antrag der Architekten und Ingenieure auf dem Tisch, die Honorarordnung zu ändern. Die Honorare sollten um 37 Prozent erhöht werden. Ich habe es nicht unterschrieben. Daraufhin ist in meinem Haus erst die Frage aufgekommen: Warum muss der Staat überhaupt die Honorare für Architekten und Ingenieure vorschreiben? Ist das eigentlich vernünftig? Das haben wir jetzt in Frage gestellt und eine lebhafte Diskussion ist entbrannt.

Nur die Frage, die sich überall stellt, ist doch: Warum ist der Staat dazu da? Warum machen die Architekten das nicht selbst, wie das in anderen Gesellschaften üblich ist? Warum machen die Architektenkammern beispielsweise

nicht entsprechende unverbindliche Preisempfehlungen? Warum brauchen Architekten und Ingenieure diesen staatlichen Schutz? Warum haben Rechtsanwälte eine Gebührenordnung von oben bis unten? Bei den Rechtsanwälten würde man die Honorarordnung auf die Gebühren in Armenfällen beschränken und damit hat es sich. Schauen Sie sich einmal das Recht der Schornsteinfeger in Deutschland an. Wegen der Bevorzugungen dieses Berufsstandes in den so genannten Kehrbezirken sind wir von der Kommission bereits ermahnt worden. So können Sie jeden Bereich durchgehen. Wenn wir vom 1. Januar 2004 an Freiberufler zur kommunalen Wirtschaftssteuer mit heranziehen, dann werden sie fordern - und wir werden schon gefragt: „Uns muss auch erlaubt sein, für uns zu werben. Ich bin jetzt offensichtlich ein Teilnehmer des Wirtschaftslebens wie andere auch und das hat entsprechende Konsequenzen.“

Was ich deutlich machen will, ist Folgendes: Es sind fast alle Lebensbereiche in Deutschland, die hinterfragt werden müssen und bei denen auch korrigiert werden muss. Der große Wunsch nach Veränderungen in Deutschland ist vorhanden. Wir wissen, dass viele Kräfte bei uns gefesselt sind, dass in unserer Gesellschaft viel mehr steckt, viel mehr Kraft ist, die wir freisetzen müssen. Aber dann, wenn es auf die einzelne Betroffenheit kommt, wird es schwieriger, als man das vermutet. Das sind die Felder, auf denen wir zurzeit arbeiten.

Bis auf die Fragen des Bürokratieabbaues – der sich schrittweise vollzieht, alle Vierteljahr legen wir einen Bericht vor, wie weit wir dort gekommen sind – müssen alle Themen, die ich angesprochen habe, zum 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt werden. Wir dürfen keine Zeit verlieren. Zu meinen Überzeugungen gehört es auch, dass zwischen der Union und der Regierungskoalition nicht solche gravierenden Unterschiede sind, die das unmöglich machen könnten. Ich hoffe auch, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland das nicht zulassen. Es ist damit noch längst nicht alles geleistet, was geleistet werden muss. Aber das, was hier beschrieben ist und sich auf die eine oder andere Weise in der Agenda 2010 wiederfindet, ist das Minimum dessen, was erforderlich ist, damit wir wieder an Fahrt gewinnen und an einem erhofften Aufschwung, an einer Erholung der Weltwirtschaft überhaupt teilnehmen können.

Wir haben darüber hinausgehend viele weitere Fragen zu beantworten. Diese reichen, wenn man über Bürokratie spricht, bis zum Staatsabbau. Natürlich ist die Frage des Föderalismus eine sehr schwierige, aber auch eine sehr ernste. Wir sind der Erweiterung der Europäischen Union mit den heutigen föderalen Strukturen nicht gewachsen. Es ist undenkbar, dass wir das auf Dauer weiter schreiben. Es wurde schon oft beklagt, dass wir – oftmals nicht einmal die Fachleute – nicht auf Anhieb sagen können, wer in Deutschland oder in Europa für welche Entscheidung wirklich verantwortlich ist. Wir haben eine derartige Verflechtung erreicht, eine Vermischung von Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Europa, Bund, Ländern und kommunaler Ebene, dass dies korrigiert werden muss.

Ich bin sehr froh, denn auch da gibt es die Bereitschaft zu Reformen. Es gibt natürlich zwischen den finanzstärkeren und den finanzschwächeren Ländern ein Problem, aber es gibt die Bereitschaft, einen neuen Weg zu gehen. Das ist eine Reform, die ziemlich langfristig sein wird.

Eine Reform, die keinen Verzug verträgt, betrifft Bildung, Wissenschaft und Forschung. Es ist mir äußerst wichtig, das noch anzusprechen. Wir haben jetzt viele Dinge, die uns aktuell beschäftigen. Tatsächlich ist das schwierigste Problem in Deutschland und das größte, dass wir zu einem Innovationsimportland geworden sind. Wir importieren mehr Innovationen, als dass wir sie exportieren. Wir können froh sein, dass die Automobilindustrie noch so erfolgreich ist. jetzt ist es ein Genuss, wenn man, wie ich – auf einer meiner ersten Touren im Amt des Wirtschaftsministers, als ich mit dem Kanzler in China war –, in Peking im Stau steht, und um einen herum stehen fast nur Volkswagen und ab und zu ein Audi. In welchem Land Asiens man auch ist. Nach zwei Sätzen wird man auf Daimler und ähnliche deutsche Exportschlager angesprochen. Das ist wirklich ein Erlebnis. Aber welche anderen Poten-

tiale haben wir denn noch, die eine solche Wirkung haben? Ein Land mit einer solchen Lebensqualität, mit einer solchen Ausstattung, wie das unsere, muss natürlich auf Platz eins sein, und zwar nicht nur auf dem Automobilsektor. Wir sind im Maschinenbau, aufs Ganze gesprochen, nicht schlecht positioniert. In der Chemie, einer der innovativsten Branchen der nächsten zwanzig Jahre, sind wir schon deutlich zurückgefallen. Am schrecklichsten ist es in der pharmazeutischen Industrie. Wir waren einmal die „Apotheke der Welt“. So wurden wir genannt. Wir sind heute auf Platz XY. Wir haben bei uns in Deutschland kaum noch pharmazeutische Forschung.

Die Branchen, die die Weltmärkte der Zukunft bestimmen werden, sind die Informationstechnologie, die Bio- und Gentechnologie, die Verkehrstechnik und die Energietechnik – aber nicht nur Wind, um das klar zu sagen. Erheblich mehr Potential an CO₂-Minderung als in dem, was zurzeit in ganz Deutschland noch mit ziemlicher Kraft und ziemlich viel Geld aufgebaut wird, steckt in der Modernisierung unserer Kraftwerke. Die schlichte Modernisierung unserer Kraftwerke bringt, gemessen am Kapitalaufwand und am CO₂-Minderungsertrag, deutlich stärkere Entlastungen für die Umwelt und das Klima, als wir mit einem Großeinsatz finanzieller Mittel zur Förderung der Windenergie erreichen. Ich bin nicht gegen die Windenergie, aber ich bin dagegen, dass wir da den nächsten Dauersubventionsfall schaffen.

Ich komme aus einer Region, in der das geschehen ist, in der sich der Staat – übrigens schon unter Ludwig Erhard – entschieden hatte, dass die Kohle eine staatliche Aufgabe ist. Ludwig Erhard hatte als Erster Ende der fünfziger Jahre den Kohlepreis staatlich festgesetzt. Das war marktwirtschaftlich der erste, wie man heute sagen würde, Sündenfall, weil er im Ruhrgebiet nicht riskieren wollte, dass es zu Problemen kommt. So sind die ersten Probleme besänftigt worden. Das hat sich über Jahrzehnte fortgesetzt. Das dürfen wir in anderen Bereichen nicht wiederholen.

Im Bereich Wissenschaft und Forschung müssen wir mehr tun. In der Bildung wissen wir seit PISA, wo wir stehen. Ich will mich da nicht zu sehr in die Länderkompetenzen einmischen, aber ich habe auch nicht den Eindruck, dass wir schnell genug sind. Wir haben im Bildungssystem immer noch das Gleiche, was ich in meiner Schullaufbahn erlebt hatte. Ich wurde in den vierziger Jahren eingeschult. Da war ich fast sieben Jahre alt. Meine Eltern sagten, wie viele damals: Es ist immer noch früh genug, wenn der Junge den Ernst des Lebens kennen lernt.“ Offensichtlich ist das bei Ihnen in Hamburg anders, aber in Nordrhein-Westfalen ist das so. In Nordrhein-Westfalen haben wir bei den Schulanfängern heute immer noch ein Durchschnittsalter von sechs Komma sieben Jahren. Dabei wissen wir inzwischen längst, dass die Kinder sehr viel früher sehr viel aufnahmefähiger sind als später. Deshalb sind wir bei PISA doch so schlecht gewesen, weil wir die Fünfzehnjährigen eben noch nicht auf einem Stand haben, auf dem fast alle anderen Bildungsgesellschaften von Rang ihre Kinder haben, weil sie sehr viel früher mit der Bildungsarbeit beginnen, nämlich im Kindergarten, in Vorschulen oder in ähnlichen Einrichtungen. Das Gleiche gilt natürlich für die Ganztagsbetreuung und für die Betreuungsmöglichkeiten, die es geben muss. Ein Bildungsthema ist auch die mangelnde Internationalisierung. Insgesamt sind wir Deutsche – nicht in Hamburg, das sage ich im Ernst, Hamburg ist weltoffener als andere Regionen Deutschlands – gemessen beispielsweise an der Weltoffenheit der Niederlande, der Briten und anderer, ein sehr introvertiertes Volk. Alles das müssen wir korrigieren.

Aber das Wichtigste ist, mehr in Wissenschaft und Forschung zu investieren. Deutschland investiert zurzeit 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts in Wissenschaft und Forschung. Wir liegen damit vor Großbritannien, Frankreich und anderen. Aber wir liegen deutlich hinter Schweden. Schweden hat einen Finanzaufwand von 3,6 Prozent des Bruttosozialprodukts, Amerika einen von über 4 Prozent und auch Japan über 4 Prozent. Wenn wir auch nur halbwegs Anschluss halten und das erreichen wollen, was die Staats- und Regierungschefs im Sommer des Jahres 2000 in Lissabon gesagt haben: „Wir wollen 2010 die wachstumsstärkste und die innovativste Region der Welt werden“, dann müssen wir uns mehr anstrengen. Denn wir haben uns seit 2000

von diesem Ziel eher entfernt. Der Vorsprung der USA ist noch größer geworden. Wir müssen uns darüber klar werden: Die USA sind eine *superpower*. Das bestimmt das amerikanische Handeln. Die amerikanischen Technologien sind oftmals eine Folge eines gewaltigen Finanzeinsatzes in militärische Projekte. Vieles, was über militärische Mittel erfolgt und was sich dann in ziviles technologisches Potential übersetzt, macht den gewaltigen Vorsprung der USA aus. Wenn wir dem auch nur halbwegs Stand halten wollen, dann müssen wir in ganz Europa mehr als 3 Prozent unseres Bruttosozialprodukts für Wissenschaft und Forschung aufwenden, und zwar die öffentlichen Hände, aber genau so auch die Unternehmen.

Es ist wirklich eine Sünde an der Zukunft, wenn wir das nicht tun. Das sind die eigentlich versäumten Jahrzehnte. Das sind die letzten zwei Jahrzehnte, in denen wir das nicht getan haben. Wir haben in Deutschland von der Substanz gelebt. Deshalb sind wir auf etlichen, auf den wichtigsten Feldern im ökonomischen Wettbewerb zurückgefallen. Das müssen wir korrigieren. Wir müssen Mittel freibekommen. Wir müssen die Arbeitslosigkeit wegbringen, weil wir, wenn wir die Arbeitslosigkeit weiter so finanzieren, nicht die Zukunft der jungen Generation finanzieren. Das, was wir dort investieren, geht für Wissenschaft und Forschung, für Bildung und Qualifikation der nächsten Generation verloren. Wenn wir das tun, nehmen wir billigend in Kauf, dass wir dann eben über die nächste Generation – wie der Volkswirt aus der Weizsäcker-Familie gesagt hat – zu einem Museum werden. Dann wird Europa ein Museum und wird nicht Schritt halten mit den Entwicklungen, die es in den USA gibt, in China, in den asiatischen Regionen. Wer erlebt, wie in China zurzeit Ingenieure wie am Fließband produziert werden, wer sich anschaut, wie Ingenieuraktivitäten, Ingenieur Tätigkeiten, ganze Ingenieurbereiche unserer Spitzenunternehmen, zurzeit ausgelagert werden, der muss wissen, dass wir auf diesen Sektoren die größte Herausforderung zu bestehen haben. Ich bin überzeugt, das können wir schaffen, das müssen wir schaffen, und deshalb müssen wir Druck machen.

Deshalb erinnere ich auch zum Schluss meiner Rede an ein Wort, das Karl Schiller am 7. Mai 1968 hier vor Ihnen – Sie waren damals alle dabei – im Übersee-Club gesprochen hatte. Er sagte: „Ich glaube, wir sind uns hier einig: Freiheit und Wohlstand draußen und drinnen können nicht durch Konservierung des Gestrigen gesichert werden, sondern nur durch Mut zum wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb um das Morgen. Dieser Mut zum wirtschaftlichen und politischen Wettbewerb um das Morgen sollte nun „buten un binnen“ gelten.“ Das war Karl Schiller, 1968. Ich meine Mut zu Reformen, „buten un binnen“, das ist auch das, was wir heute brauchen. Das ist die Verpflichtung, der wir unterworfen sind und der wir gerecht werden müssen. Ich bin überzeugt, das geht und freue mich, wenn Sie dabei sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! ■